

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zeit.
Anzeigen von Anzeigen bis nach 2 Uhr, Sonntags von 11 bis 12 Uhr. Die einseitige Grundgebühr (ca. 8 Zeilen) 30 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden 20 Pf., die einseitige Grundgebühr 1,00 M., in Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grundgebühr 25 Pf., Familien-Anzeigen aus Dresden die Grundgebühr 30 Pf. — Zusätzlicher Kautionsbetrag gegen Hornauszahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Druck-Verlag
Druck-Verlag Leipzig & Reichardt in Dresden. Druck-Verlag Leipzig & Reichardt in Dresden. Druck-Verlag Leipzig & Reichardt in Dresden.

Für Feinschmecker: **Lebeck's** *Marka-Druck*

Fondant-Chocolade	per Tafel 50 Pf.
Rohm-Chocolade	
Bitter-Chocolade	
Cacao	per 1/2 Kg. Dose 2,40 M.
Dessert	per Carton 2,3 u. 4 M.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Beleuchtungs-Gegenstände
für jede Lichtart.
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.
Größte Auswahl. Viele Referenzen.
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16.
Fernsprecher 1136.

Bon Jour mit Goldmundstück . . . 3 1/2 Pfg.
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mandat. 6 1/2 und 10 Pfg.
Lieblings-Zigarette Sr. Kaiserl. u. Königl. Hoheit des Kronprinzen.
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a. M., Bahnhofplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Fächer
hochfeine Fächer aus Japan
für Gesellschaften
Oskar Fächer
Fächer-Fabrik, Dresden

Hühneraugen, Hornhaut

werden in wenigen Tagen beseitigt durch **Hornpflaster**. Bequem in der Anwendung, unübertroffen in der Wirkung. Karton 50 Pfg. mit genauer Anweisung. Versand nach auswärts als Muster 60 Pfg. Echt mit Wappenmarke.

Löwen-Apotheke, Dresden

Altmarkt, Ecke Wilsdruffer Straße.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Bitterung: Meist heiter, etwas wärmer, vorwiegend trocken.

Der frühere sächsische Landtagsabgeordnete Kommerzienrat Herzig ist in Königsfelden gestorben.

Die Kaisermanöver werden im Jahre 1913 im Bereiche des 5. und 6. Armee-Korps stattfinden.

Der Deutsche Reichsauditor für olympische Spiele plant zum Regenerungsjubelium des Kaisers einen Jubiläumssatz.

Vor dem Reichsgericht wird sich am 10. Oktober der Steuermann Nagelmann wegen Spionage zugunsten Englands zu verantworten haben.

In Deutsch-Südwestafrika ist ein Reiter der kaiserlichen Schutztruppe ermordet worden, ein zweiter Reiter wird vermisst.

Mit der Leitung der Münchner Hofbühnen ist vom Prinz-Regenten Freiherr Clemens von Franckenstein betraut worden.

Oberleutnant Hüser, der im Kaisermanöver mit seiner Kompanie abmarschiert war, ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

Die Regierungen von Bulgarien und Serbien haben die Mobilisierung ihrer Heere angeordnet. Eine Mobilisierung der südlichen österreichischen Korps steht bevor. In Rußland werden zwecks Probemobilisierung die Reservisten von 22 Kreisen einberufen.

Auf Samos sind starke englische und französische Abteilungen gelandet worden, weil die Türken die Stadt plünderten.

Die allgemeine Besitzsteuer.

Der preussisch-konservative Reichsbote" befaßt sich in seinen Nummern 218 bis 224 an leitender Stelle in sehr bemerkenswerthen Ausführungen von bleibender Bedeutung mit der Besitzsteuerfrage. Wir begrüßen sie mit um so größerer Genugtuung, als sie durchweg dem von uns seit Anfang vertretenen Standpunkt entsprechen. Mit umfassender Sachkunde und einer wohlthuenden, jeder politischen Streichung fernem Objektivität wird vom Standpunkte der Reichsverfassung und der Bismarckschen Finanzpolitik aus in eingehenden Darlegungen nachgewiesen, daß die Lösung der Besitzsteuerfrage mit Einführung der den Bundesstaaten vorbehaltenen direkten Steuern, sei es mit einer Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer, oder mit direkten Reichs- oder Landessteuern, sei es mit Heranziehung und Ausbau der Matrixalbeiträge, unter allen Umständen zur wirtschaftlichen und damit politischen Depressierung der auf den Weg provinzieller Entwicklung gewiesenen Bundesstaaten führen muß, daß damit aber zugleich das Reich seinem gefährlichsten Feinde, dem demokratischen Unitarismus, rettungslos ausgeliefert wird, ohne daß ihm mit neuen Mitteln eine wirkliche Hilfe wird. Denn der Gedanke, dem Reiche mit Mitteln der Bundesstaaten zu helfen, ist ein Trugschluss. Reichseinnahmen auf Kosten der das Reich bildenden Einzelstaaten sind fiktiv. Dabei werden nicht nur die verderblichen finanziellen und staatsrechtlichen Wirkungen der gedachten Maßnahmen, sondern auch ihre praktisch fühlbaren Folgen für die Steuerpflichtigen nachgewiesen, als die sich zufolge der dann unvermeidbaren irrationalen Anspannung der direkten Steuern eine schwere Überlastung gerade des Mittelstandes herausstellen werde. Bei Anerkennung der Tatsache, daß es ein verhängnisvoller Fehler war, die Besitzsteuerfrage überhaupt in die Reichsfinanzpolitik einzuführen, weil der mittels Prägravation der Besten erreichte steuerliche Ausgleich nicht im Reiche, sondern in den Bundesstaaten und Gemeinden statzufinden habe und auch reichlich haltlose (schon 1907 wurden vom gesamten Abgabenbedarf des Reiches, der Bundesstaaten und Gemeinden aufgebracht durch direkte Steuern und Vermögensverehrsteuern 61 1/2 Prozent, durch Zölle, Verbrauchsabgaben und andere indirekte Steuern nur 38 1/2 Prozent), wird schließlich festgestellt, daß es sich nach Lage der derzeitigen Verhältnisse nur darum handeln kann, ob und wie die einmal beschlossene und rechtskräftige lex Bismarck-Gräberger in einer den Bundesstaaten und Gemeinden untauglichen Weise und ohne Verstoß gegen die Reichsverfassung ausgeführt werden könne. Mit zwingender Logik wird diese Frage nach Zurückweisung des gefährlichen Artums, den Begriff der Besitzsteuer mit direkter Steuer zu identif-

zieren, vom feuerrechtlichen, finanzpolitischen und sozialpolitischen Gesichtspunkt aus und aus ihrer eigenen historischen Entwicklung heraus dahin beantwortet, daß als allgemeine Besitzsteuer in Form einer indirekten Reichsteuer nur die Erbschaftsteuer der Erbschaftsteuer in Frage kommen kann, sei es als reine Erbschaftsteuer, sei es als Erbschafts- und Vermögenssteuer. Die gegen diese Behauptung erhobenen Einwände werden unter voller Würdigung ihrer achtbaren Motive mit überzeugender Begründung widerlegt und damit praktische Vorschläge für eine zeitliche Ausgestaltung dieser Steuer, vor allem in Richtung gesetzlicher Garantien für eine Verhinderung von Steuerhinterziehungen mobilen Kapitals und für Vermeidung einer Prägravation des Grundbesitzes verbunden, die auch einem bisherigen Gegner dieser Steuerart die Zustimmung möglich machen. Der Reichsbote" schließt mit folgendem warmen und beherzigenswerten Appell: „Doch, wie schon hervorgehoben: es handelt sich hier um mehr! Wenn je aus kleinen Ursachen große Wirkungen entstanden sind, so wird das hier der Fall sein. Weit hebt sich die Besitzsteuerfrage über die bloße Zweckmäßigkeitfrage hinaus. In ihrem Schoße ruht die deutsche Zukunft, und sie wird recht eigentlich zur Schlüsselfrage. Deutschland mit seiner innerpolitischen Entwicklung am Scheitelpunkte: hier der breite Weg zum Unitarismus und damit naturnotwendig zur Niederwerfung der Demokratie, dort der steile und harte Weg Bismarckscher Tradition zur Höhe. Möge denen, die in Wahrheit und Hochachtung dieser Tradition, aus deren Schnell Deutschland geboren wurde, stets und allenthalben ihren historischen Beruf erblicken, und die noch stets dem Kaiser gegeben haben, was des Kaisers ist, aber auch dem Könige, was des Königs ist, — möge ihnen die Wahl des Weges leicht werden!“

Das ist auch unser aufrichtiger Wunsch. Die Ausführungen des Reichsbotes", der sich mit der Förderung einer der wichtigsten innerpolitischen Fragen und der Durchsicherung des uns so nötigen inneren Friedens ein Ziel gesetzt hat, dem auch wir nachstreben, verdienen in den weitesten Kreisen, vor allem auch an den maßgebenden Stellen, eingehender Beachtung.

Das Urteil im Prozeß Borchardt-Feinert

wird von der sozialdemokratischen Presse, wie nicht anders zu erwarten war, in der geschäftigen und anfeindlichen Weise kritisiert. Es wimmelt von Prosaen, wie „wegen Pflichterfüllung bestrafte Abgeordnete“, „Vergewaltigung der verfassungsmäßigen Immunität der Abgeordneten“ u. a. Demgegenüber ist es für alle Kreise, die es mit dem Ansehen und der Würde des Parlamentarismus ernst meinen, ein Gebot der Pflicht, den wahren Sachverhalt unverfälscht festzustellen.

Zeit der ersten Sozialdemokraten im preussischen Abgeordnetenhaus auf der Bildfläche erschienen waren, ging ihr Streben planmäßig dahin, den ganzen parlamentarischen Ton durch ein vor keiner Ausschreitung zurückschreckendes Betragen auf das Niveau der Gasse herabzudrücken. Als dann die Mehrheit der preussischen Volksvertretung sich endlich zu einem Akte der Notwehr emporkämpfte und den § 64 der Geschäftsordnung schuf, der im äußersten Falle die gewalttätige Entfernung unbotmäßiger Mitglieder des Hauses mit polizeilicher Hilfe vorhielt, schrie die sozialdemokratische Presse Feiern über den „Hausrechtsschutz“, und die „roten Sechse“ des Abgeordnetenhauses hatten nichts Geringeres zu tun, als durch forcierte, jedem Anstande hohnsprechende Herausforderungen der parlamentarischen Ordnung die Dinge so auf die Spitze zu treiben, daß eine Katastrophe auf Grund des § 64 unvermeidlich war. Dann begann in Wort und Schrift eine wilde sozialdemokratische Agitation im Lande, indem die schuldigen Abgeordneten als harmlose Waisenkinder hingestellt und alle Schalen umhürzerischen Hasses über die „reaktionäre Mehrheit“, „Polizeivöllerei“, „Ankerregiment“ usw. ausgeschossen wurden.

Im Anschluß an die damaligen Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus, die sich im Mai dieses Jahres abspielten, wurde gegen die sozialdemokratischen Abgeordneten Borchardt und Feinert die strafrechtliche Verfolgung wegen Hausfriedensbruchs und Widerhandes gegen die Staatsgewalt eingeleitet, da sie der Aufforderung des Präsidiums zum Verlassen des Sitzungssaales nicht gefolgt waren und den zu ihrer Abführung kommandierten Be-

amten Widerstand geleistet hatten, und das Verfahren jetzt mit der gemeldeten Verurteilung beider Angeklagter zu einer Geldstrafe beendet. Durch die Unerbittlichkeit der Strafe hat das Gericht zu erkennen gegeben, daß es ihm hauptsächlich auf die Entscheidung der grundsätzlichen Frage ankam, ob der § 64 überhaupt rechtmäßig ist oder nicht. Die sozialdemokratische und die ihr sekundierende linksliberale Presse behauptet die Ungültigkeit des Paragraphen, weil dadurch die Bestimmung der Verurteilung, wonach jeder Abgeordnete Sitz und Stimme im Parlament hat, zeitweilig außer Kraft gesetzt werde und in der Verfassung nicht ausdrücklich zugelassen sei, daß die parlamentarische Geschäftsordnung auch solche äußerlichen Mittel des Zwanges gegen Abgeordnete einführen dürfe. Das Gericht hat sich diese Beweisführung nicht zu eigen gemacht, sondern es als dem Geiste der Verfassung durchaus entsprechend und mit ihrem Wortlaute nicht im Widerspruch stehend erklärt, wenn die Geschäftsordnung nötigenfalls durch extreme Mittel den Zweck, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu sichern, verwirklicht. Die ordnungsmäßige Erledigung der parlamentarischen Geschäfte darf durch den Terrorismus einer Minderheit nicht in Frage gestellt werden, oder, wie die Begründung des Urteils es ausdrückt: „Das individuelle Recht des einzelnen findet seine Grenzen in dem Rechte der Gesamtheit auf eine ordnungsmäßige Führung ihrer Geschäfte“. Nicht die Mehrheit, die sich auf Grund der Geschäftsordnung gegen ihre Vergewaltigung durch eine turbulente Minderheit wehrt, handelt verfassungswidrig, sondern Verfassungsbrecher sind diejenigen, die das Parlament im Widerspruch mit der Verfassung aus revolutionären Gründen in den Zustand der Arbeitsunfähigkeit versetzen wollen. Dieser Gesichtspunkt ist so einleuchtend, daß die sozialdemokratische Parteilichkeit nicht hoffen darf, im höheren Instanzenzuge ein anderes Urteil zu erwirken.

Drahtmeldungen

vom 30. September.

Bulgarien und Serbien mobilisieren.

Sofia. Die bulgarische Telegraphenagentur meldet: Infolge der in den letzten zwei Tagen eingetroffenen alarmierenden Nachrichten betreffend die Konzentration beträchtlicher türkischer Streitkräfte in der Umgegend von Adrianopel und an der bulgarischen Grenze sah sich die bulgarische Regierung, um allen Eventualitäten abzugehen, genötigt, die Mobilisierung zu proklamieren.

Belgrad. (Meldung des Wiener Korrespondenzbüros.) König Peter hat die allgemeine Mobilisierung der serbischen Armee angeordnet. Die Skupstina ist für den 4. Oktober einberufen worden.

Wien. (Via Drahtmeldung.) Der Einbruch über die Mobilisierung Serbiens und Bulgariens wirkte im österreichischen Reichstag nur teilweise überraschend. Das Kriegsministerium hatte seit 12 Uhr nachts des 29. September Kenntnis davon. Die Mobilisierung der südlichen österreichischen Korps steht unbedingt bevor.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dem „Volks-Ans.“ wird aus Sofia gemeldet: Hier verlaute in den ersten Nachmittagsstunden, die Regierung plane die Mobilisierung von vorläufig nur drei bulgarischen Divisionen. In der Diplomatie und in Finanzkreisen glaubt man nach wie vor nicht an einen Krieg. Aus Belgrad wird demselben Blatt gemeldet, daß die bulgarische Militärattache hier heute telegraphisch nach Konstantinopel abberufen worden. Es wird behauptet, daß seine Abreise mit einer Verschlimmerung der Lage auf dem Balkan zusammenhänge.

Berlin. (Priv.-Tel.) König Georg von Griechenland, der gestern abend plötzlich von Kopenhagen abgereist ist, um sich unverzüglich nach Athen zu begeben, ist heute vormittag in Berlin eingetroffen. Aus der Umgegend des Königs wurde erklärt, daß in der Tat die unklare und beunruhigende Lage auf dem Balkan den Monarchen veranlaßt habe, seinen noch für länger beschlossenen Aufenthalt in Kopenhagen abzubrechen und auf dem schnellsten Wege nach Athen zurückzukehren. Der Abreise des Königs von Kopenhagen ging ein äußerst lebhafter Telegrammwechsel zwischen König Georg und dem Vizepräsidenten Venizelos voraus.

Wien. (Priv.-Tel.) Entgegen den heutigen umlaufenden ungenauen politischen Gerüchten wird der „Neuen Freien Presse“ aus hiesigen informierten Kreisen mitgeteilt, daß sich die Kriegsbereitschaft nicht mildert haben. Es müsse an der Hoffnung festgehalten werden, daß es den vereinigten Bemühungen der